

Desorganisation gefährdet die Ernte

„Technisierung der Landwirtschaft“ versagt — KVP darf nicht helfen

Seit Wochen werden in der Zone — namentlich in den Kleinstädten — Hausfrauen, Schulkinder und sogar Rentner gezwungen, sich zu „vorübergehenden Arbeitseinsätzen“ in der Landwirtschaft zu verpflichten. Hinter dieser Regierungsverordnung verbirgt sich ein Maß an staatlicher Mißwirtschaft und Desorganisation, das einen Teil der vielversprechenden Ernte zu vernichten droht. Wertvolle Maschinen liegen still, weil niemand da ist, der ihren Einsatz zu lenken weiß. Andere verrotten auf freiem Feld, weil ein geringfügiges Ersatzteil fehlt. Arbeitskräfte fehlen, weil die KVP-Werbung auch während der Ernte unvermindert vorangetrieben wird. Durch eine Fülle kurios anmutender Fehlplanungen wird wertvollstes Volkvermögen verschleudert und die Hoffnung der Zonenbewohner auf eine bessere Versorgung mit Lebensmitteln enttäuscht.

Das Dilemma begann mit dem „Tag der Erntebereitschaft“. Mehr als 400 MTS-Stationen gaben gefälschte Berichte über den Zustand von Maschinen und Traktoren ab. Sie verließen sich auf Zusagen der Industrie, die ihnen rechtzeitige Lieferung von Ersatzteilen versprach. Bei Erntebeginn waren einsatzunfähig: Im Bezirk Rostock: 34 Prozent aller Maschinen, Neubrandenburg: rund 30 Prozent, Erfurt: 41 Prozent, Leipzig 28 Prozent.

Das zweite Dilemma lag bei den Arbeitskräften. In jedem Jahr kamen bisher rund 150 000 „freiwillige“ FDJ-Erntehelfer auf das Land. Reichte dies nicht aus, füllte die Armee die Lücken. Ganze KVP-Regimenter wurden mit Zugmaschinen und Lkw's für die Produktionsgenossenschaften eingesetzt. Und diesmal?

Zu fein für die Sense

1954 meldeten sich viele FDJ-Erntebrigaden nach dem Landeinsatz „freiwillig“ geschlossen zur KVP. 1955 kommen aus eben diesem Grunde erst gar keine Brigaden mehr zustande. 1954 wurde die KVP-Werbung auf dem Lande während der Ernte eingesetzt. 1955 werden Bauernsöhne mitten aus der Erntearbeit in die Kasernen geholt. Und um die KVP-Werbung nicht negativ zu beeinflus-

sen, hat man diesmal Abstand davon genommen, die bereits rekrutierten Bauernsöhne und Landarbeiter auf Ernteurlaub heimzuschicken. Denn — für die KVP werben würden diese Jungen gerade nicht!

So kommt es, daß es diesmal nicht einmal genügend Traktoren gibt. Die im Rahmen der Aktion „Arbeiter aufs Land“ eingesickerten SED-Mitglieder sind kein Ersatz. Sie haben ausnahmslos politische Funktionen ergriffen. Das Äußerste, was sie sich zumuten, ist die Arbeit als Mechaniker oder Betriebselektriker in einer MTS. Wer aber will die auch heute noch unvermeidliche Sense schwingen, die Garben bündeln und das Stroh einfahren? Wo die berühmten Mähdrresher verrostet in den Schuppen stehen, weil irgendwo ein nichtaufzutreibendes Schraubchen fehlt...

SED vergrößerte das Chaos

Man kann nicht sagen, daß der SED diese Situation unbekannt gewesen ist. Nur hat sie falsch und voreilig reagiert. Anstatt die technischen Schwierigkeiten zu erkennen, „säuberte“ sie ausgerechnet vier Wochen vor der Ernte ihr Landwirtschaftsministerium. Und da bei solchen Säuberungen immer die politisch besten Genossen übrigbleiben, die andererseits nicht

immer gerade die fachlich besten sind, sieht das folgendermaßen aus: Referent für Arbeitskräfte lenkung wurde ein ehemaliger Plakatzeichner, für den Einsatz von Mähdreschern zeichnet ein prämiierter Fußballer verantwortlich, der früher irgendwann einmal Autoschlosser gewesen ist.

Bauern sind verärgert

Ehe diese neuen Leute das erstmal eine MTS inspizieren konnten, hatte die Ernte begonnen. Und anstatt nun zu retten, was zu retten war, ergingen sie sich in hochnotpeinlichen Untersuchungen gegen ihre Vorgänger, denen das Ganze vermutlich als Sabotage zur Last gelegt wird.

Die Bauern haben — wie könnte es anders sein — diese Entwicklung mit wachen Augen verfolgt. Und sie sind mit Recht verärgert: Dazu kommt, daß sich viele Angehörige von „Produktionsgenossenschaften“ betrogen fühlen.

Enorme Verlustquote

In dieses Chaos strömen jetzt die zwangsverpflichteten Hausfrauen, Schulkinder und Rentner. Sie bündeln die Garben wieder mit der Hand, wie es vor der Zeit der Mähdrresher war, und ihre mit aufs Feld gebrachten Enkel, Kinder und kleinen Brüder spielen zwischen zu Schrott gefahrenen Traktoren, für die es kein Benzin und keine neuen Zylinderköpfe gibt. Und wenn der SED nicht im letzten Augenblick eine amerikanische Kartoffelkäfer-Invasion, eine heimtückische Sabotageaktion ausländischer Agenten oder etwas anderes einfällt, wird sie es schwer haben, die enorme Verlustquote einer chancenreichen Ernte zu begründen.

Ein Wechsel auf die Zukunft

DT. Genf war, so sehr dieses Vierertreffen von seinen kläglichen Vorläufern abwich, nur ein Wechsel auf die Zukunft, der hoffentlich honoriert werden wird. Diese Konferenz auf „höchster Ebene“ war von vornherein nicht gedacht und geplant als eine Konferenz zur Lösung der Probleme, sondern zur Vorbereitung der Lösung. Sie sollte mit der Autorität der Regierungschefs die Haltung der beteiligten Mächte zu den verschiedenen Problemen verbindlich klären und ihre weitere Behandlung auf Grund gemeinsamer Direktiven sicherstellen. Sie wollte, kurz gesagt, weitere Konferenzen der Außenminister ermöglichen und beschließen, auf denen dann gemäß den gegebenen Richtlinien die Lösung der Probleme praktisch versucht werden sollte.

Von dem allgemeinen Ergebnis der Genfer Konferenz kann also nur der enttäuscht sein, der von ihr mehr erwartete, als ihr von vornherein aufgegeben war. An dieser Stelle wurde immer wieder der Standpunkt vertreten, daß mit Genf ein diplomatischer Prozeß beginne, der längere Zeit dauern und über eine zusammenhängende Serie von Konferenzen führen werde. Genf war der Start zu diesen Bemühungen. Darin liegt die praktische Bedeutung des Viermächte-Treffens, und es besteht kein Anlaß, sie zu schmälern. In der fast zehnjährigen Dauer des Kalten Krieges haben sich die ungelösten Probleme in einer Fülle aufgestaut und in einer Weise kompliziert, die Positionen der Mächte haben sich in Aktion und Reaktion so verhärtet, daß vernünftigerweise von einer sechstägigen Verhandlung der Regierungschefs wirklich keine effektiven Lösungen erwartet werden konnten. Es hat sich in jener tragischen Zeit

ein Knäuel gebildet, das nur in bedächtiger und geduldiger Arbeit entwirrt werden kann.

Das neue Klima

Man darf im Blick auf die kommende Entwicklung folgendes nicht übersehen: die internationale Entspannung, die schon im gemeinsamen Willen zu der Begegnung auf „höchster Ebene“ sichtbar geworden war, wurde in Genf deutlich bestätigt und durch den persönlichen Kontakt der Regierungschefs weiter vertieft. Alle Mächte wollen heute diese Entspannung. Die Motive hierzu mögen verschieden sein. Man hat in Moskau wahrscheinlich begriffen, daß die Politik Stalins, die der Welt statt des Friedens den Kalten Krieg bescherte, auch unter dem Gesichtspunkt der eigenen sowjetischen Interessen verfehlt war. Wenn diese Erkenntnis da ist, dann ist sie mit ziemlicher Sicherheit eine Folgewirkung der westlichen Politik, die nach langem Schwanken Einigkeit, Entschlossenheit und Geduld miteinander zu verbinden wußte. Auf allen Seiten dürfte ferner die Einsicht gewachsen sein, daß jede Politik, an deren Ende der moderne Atomkrieg stehen könnte, ein entsetzlicher Irrtum und eine sinnlose Selbstvernichtung sein würde.

Das Zwillingenproblem

Es entspricht dem wirklichen Rang der Deutschlandfrage, daß sie im Mittelpunkt der Genfer Konferenz und auch im Zentrum ihrer Schwierigkeiten gestanden hat. Sie wird, wie sich leicht voraussagen läßt, diesen Rang behalten und auch auf kommenden Konferenzen die Streitfrage Nummer 1 sein. Das liegt vor allem daran, daß die Sowjets bei aller guten Bereitschaft zur Entspannung doch in dieser Frage noch nicht zu den Konzessionen bereit sind, die das neue Klima im Sinne praktischer Lösungen wirklich fruchtbar machen könnte. Die Neigung Moskaus, die Deutschlandfrage „auf Eis zu legen“, und der Sicherheits- und Abrüstungsfrage den Vorzug zu geben, verkennt eine sehr wichtige Tatsache, der die „Times“ mit den Worten Ausdruck gab, daß „ein geteiltes Deutschland

offenkundig in sich selbst ruhelos und eine Quelle unmassenderer Unruhe“ sein werde.

Alle Wege zu einem System der europäischen Sicherheit führen also über die Wiedervereinigung Deutschlands. Ihr Vorrang ist außerdem auch darin begründet, daß die Bundesrepublik, um eine Anerkennung und sogar Versteinerung der deutschen Spaltung zu vermeiden, niemals Mitglied eines Sicherheitspaktes sein könnte, wenn nicht gleichzeitig die Wiedervereinigung Deutschlands erfolgt. Die Hartnäckigkeit, mit der die Sowjets an ihrer These festhielten, daß die deutsche Wiedervereinigung der europäischen Sicherheitsfrage untergeordnet sein müsse, hat die Genfer Konferenz zeitweilig in Gefahr gebracht. Hier war jedenfalls, da die westlichen Freunde der Bundesrepublik an der deutschen Grundforderung unachgiebig festhielten, der Punkt, an dem sie hätte scheitern können. Es ist gut, daß man nach hartem Ringen schließlich eine Formel gefunden hat, die eine gemeinsame Richtlinie auch für die weitere Behandlung der von Eden als „Zwillingenproblem“ bezeichnete Deutschland- und Sicherheitsfrage enthält.

Die deutsche Verantwortung

Bei der weiteren Behandlung der Deutschlandfrage, die so unlösbar mit dem europäischen Sicherheitsproblem verquickt ist, sind nicht nur das vertraglich gebundene Wort der Westmächte und die gute Vernunft der Sowjetunion engagiert. Wachsende Verantwortung trägt nun auch die deutsche Politik. Sie ist zu einer klugen, aber tatkräftigen Aktivität für die Wiedervereinigung mehr als je verpflichtet. Nicht vier, sondern fünf Mächte stehen vor einer Aufgabe, an der sie sich entweder bewähren oder mit verhängnisvollen Folgen scheitern werden. Das gibt der kommenden Reise des Bundeskanzlers nach Moskau eine Bedeutung, die weit über die ohnehin gegebene Wichtigkeit der ersten deutsch-sowjetischen Begegnung seit fast 15 Jahren hinausreicht.

Vorarbeiten für Wiedervereinigung

Maßnahmen zur Wirtschafts-Sanierung Mittelddeutschlands

München (AP/DPA). Auf einer Kundgebung in München im Rahmen der studentischen Demonstrationen für die Wiedervereinigung Deutschlands haben Bundesminister Tillmanns und der FDP-Bundesvorsitzende Dehler betont, daß sich die Wiedervereinigung zunächst auf die Bundesrepublik und die Sowjetzone beschränken sollte. Die Frage der unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebiete könne erst später gelöst werden.

Tillmanns sagte: „Auf keinen Fall darf nach dem Tage X der Wiedervereinigung eine Kolonisationsbewegung nach dem Osten einsetzen. In erster Linie müssen die produktiven Kräfte Mittelddeutschlands wieder geweckt werden. Ein Spruchkammersystem wird nicht mehr entstehen.“

Der Minister berichtete von der Arbeit des Forschungsbekanntes der Bundesregierung für die wirtschaftliche und kulturelle Gestaltung Gesamtdeutschlands. Der Beirat habe bereits Vorschläge für die Umstellung der Planwirtschaft in der Sowjetzone in die westdeutsche Marktwirtschaft und vorbeugende Maßnahmen gegen eine Arbeitslosigkeit in der Sowjetzone nach der Wiedervereinigung ausgearbeitet.

„Osten nicht leprakrank“

Dehler kritisierte, daß man zehn Jahre lang stets nach dem Westen geschaut und die Berührung nach dem Osten ängstlich gemieden hat, „als wäre man dort leprakrank“. Er bezeichnete die Pariser Verträge als variationsfähig, so daß sie auch von den Sowjets akzeptiert werden könnten.

Gesamtdeutsches Wirtschaftswunder

Nach Ansicht des Leiters des Kieler Instituts für Weltwirt-

schaft, Prof. Baade (SPD), werden der Zwangswirtschaft und Lebensmittelbewirtschaftung in der Sowjetzone schon am Tage nach der Wiedervereinigung Deutschlands aufgehoben werden können. „Eine Milliarde DM Investitions- und Starthilfe für die Ostzone für die ersten zwei, drei Jahre werden genügen, um ein gesamtdeutsches Wirtschaftswunder zu erzielen, das unser westdeutsches Wirtschaftswunder noch in den Schatten stellt.“

„Die Freiheit bricht aus“

Saargesetz verkündet — Der Wahlkampf beginnt

Saarbrücken (AP/DPA). Die Saarregierung hat die vier Gesetze zur Herstellung der demokratischen Freiheiten an der Saar verkündet. Mit diesem Tage beginnt die dreimonatige Vorbereitungszeit für die Volksabstimmung im Saargebiet, die am 23. Oktober stattfindet. Das ist auf den Tag genau ein Jahr nach Unterzeichnung des deutsch-französischen Saarabkommens, das Gegenstand der Abstimmung ist.

Die Verkündung der Saargesetze erfolgte schlagartig, kurz nachdem die europäische Kommission für das Saar-Referendum in einer Sitzung fest-

Wehrgesetze sind in Kraft

Bonn (DPA). Bundespräsident Heuss hat das Freiwilligen-gesetz und das Gesetz über den Personalgutachter-Ausschuß unterzeichnet. Wie das Bundespräsidentialamt mitteilte, unterzeichnete er außerdem „die Erste Anordnung des Bundespräsidenten über die Dienstgradbezeichnungen, die Ernennung und Entlassung sowie über die Uniformen der freiwilligen Soldaten“. Die Gesetze wurden daraufhin verkündet und in Kraft gesetzt.

Wehrpflicht in Österreich

Wien (AP). Die beiden österreichischen Regierungsparteien — Volkspartei und Sozialisten — haben sich geeinigt, daß die Dienstzeit im künftigen österreichischen Bundesheer neun Monate beträgt. Es besteht allgemeine Wehrpflicht.

gestellt hatte, daß die Gesetze mit den Beschlüssen der Westeuropäischen Union vom 11. Mai übereinstimmen. Gleichzeitig war von der Kontrollkommission festgestellt worden, daß gegen die Inkraftsetzung der Gesetze durch die Saarregierung keine Einwände vorzubringen sind.

Die saarländische Bevölkerung nahm von der Verkündung der Gesetze und dem Anlaufen der Dreimonatsfrist, die von den saarländischen Zeitungen in großer Aufmachung herausgestellt wurden, ohne besondere Bewegung Kenntnis. Lediglich ein geflügeltes Wort ist verschiedentlich zu hören: „Die Freiheit bricht aus.“

Die Bekanntmachung der Saargesetze im Amtsblatt bildet gleichzeitig den Auftakt für den Wahlkampf. Die saarländischen Sozialisten (SPD) begannen ihn Sonnabend abend mit einer Massenversammlung in Saarbrücken, die mit Kabarett und Tanz ausgeschmückt war. Die deutschen Parteien an der Saar können ab sofort ihre Tätigkeit aufnehmen. Ebenso können die Zeitungen der deutschen Saar-Opposition jetzt erscheinen.

BHE nicht mehr Koalitionspartner

Beschluß der Parteiführung — Nicht in die Opposition

Bonn (AP/DPA). Der BHE betrachtet sich nicht mehr als zur Bonner Regierungskoalition gehörend. Dies hat der Bundesausschuß der Partei als Folge des Austritts der Minister Kraft und Oberländer aus der Partei und Fraktion beschlossen.

Das Ausscheiden des BHE aus der Koalition bedeutet nach Auffassung unterrichteter Kreise nicht, daß der Rest-BHE, der nach dem Austritt der beiden

Minister und sieben Abgeordneten noch über 18 Abgeordnete im Bundestag verfügt, in die Opposition geht. Ferner ist es auch noch offen, ob der Bundeskanzler mit dem Ausscheiden des BHE aus der Koalition die Zweidrittel-Mehrheit für kommende verfassungsändernde Wehrgesetze verloren hat. Bei der Verabschiedung des Freiwilligengesetzes hat der BHE für das Gesetz gestimmt.

Bulganins „einzigster Weg“

DT. Bei seiner Ankunft in Ostberlin hat der sowjetische Ministerpräsident Bulganin die Ausführungen zur Deutschlandfrage wiederholt, die er bereits in der Schlußsitzung der Genfer Konferenz gemacht hatte. Er stellte die sowjetische und die westliche These zu dieser Frage einander gegenüber und erklärte, daß die Sowjetregierung bei der Erörterung des Deutschlandproblems auch weiterhin unerschütterlich ihre Linie verfolgen werde. Was er im einzelnen hierzu sagte, das ist nicht neu, sondern bildet gerade das Zentrum der ost-westlichen Meinungsverschiedenheiten in der Deutschlandfrage, die nach dem Genfer Start Gegenstand weiterer Konferenzen sein werden.

Deutlicher als jemals zuvor hat jedoch Bulganin die sowjetische Theorie von den beiden „souveränen deutschen Staaten“ entwickelt, die sich nach 1945 auf dem Territorium Deutschland gebildet hätten und von denen jeder seine eigene wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung habe. Hieraus folgerte der sowjetische Regierungschef, daß eine „mechanische Verschmelzung“ der beiden Teile

Deutschlands nicht möglich sei. Vielmehr müsse vor der Wiedervereinigung ein Zusammenwirken beider erfolgen, — eine Annäherung „auch in den innerdeutschen Angelegenheiten“. Das sei der einzig mögliche Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands.

Das ist allerdings ein für die Freiheit der deutschen Wiedervereinigung sehr gefährlicher Weg, auf dem wir den Sowjets nicht folgen können. Er dient nämlich offenbar dem Zweck, dem organisierten Kommunismus Pankows Einwirkungen auch auf Westdeutschland zu ermöglichen, die von der dortigen Bevölkerung leidenschaftlich abgelehnt werden. Sogar die Deutschen der Zone wollen das nicht.

Im übrigen ist die von Bulganin formulierte Begründung dieser These durchaus falsch. Erstens nämlich denkt niemand an eine „mechanische Verschmelzung“, sondern an den ganz organischen Akt einer Volkstrennung durch freie Wahlen. Zweitens ist es nicht richtig, daß sich auf deutschem Boden zwei Staaten verschiedener wirtschaftlicher und gesellschaft-

licher Ordnung „gebildet“ hätten, sondern diese Ordnung wurde der sowjetischen Besatzungszone gegen den erklärten Willen der Bevölkerung mit brutaler Gewalt aufgezwungen; hierdurch ist die Spaltung Deutschlands eigentlich herbeigeführt worden. Schließlich hat die sowjetische Regierung — zuletzt in dem der Genfer Konferenz vorgelegten Entwurf eines Sicherheitspaktes — immer wieder betont, daß sie auf ihre in den Viermächte-Abmachungen festgelegten Rechte und Pflichten in der Deutschlandfrage nicht verzichte. Das aber ist die ausdrückliche Anerkennung der Verantwortung der Sowjetunion und der Westmächte für die Wiedervereinigung Deutschlands. Es ist eine Verantwortung, die sich nicht verschieben und übertragen läßt.

Wie in alten Zeiten...

Moskau (DPA/AP). Etwa 3000 Ukrainer warteten dieser Tage zwei Stunden lang, um eine Delegation amerikanischer Landwirtschaftsexperten in Dnjepropetrowsk begrüßen zu können. Die Menge durchbrach die polizeilichen Absperrungen und bereitete den Amerikanern einen begeisterten Empfang. Eine Gruppe sowjetischer Studenten rief: „Lang lebe die Freundschaft zwischen dem sowjetischen und dem amerikanischen Volk.“ Westliche Korrespondenten, äußerten, der Empfang der Amerikaner auf dem Lande erinnere an die Zeit der Zusammenarbeit zwischen den USA und der Sowjetunion während des letzten Krieges.

Schwere Unwetter im Salzkammergut

Wien (AP/DPA). Schwere Unwetter haben das Salzkammergut in Österreich heimgesucht und mindestens zwölf Todesopfer gefordert sowie große Verwüstungen angerichtet.

Stundenlange Wolkenbrüche verwandelten Gebirgsbäche in reißende Gewässer und ließen den Wasserspiegel des Traunsees sprunghaft steigen. Ebenfalls überaus starke Regengüsse wurden aus Tirol, aus Niederbayern, der Oberpfalz und aus dem Weinbaugebiet an der Mosel gemeldet.

Cordell Hull gestorben

Washington (DPA). Cordell Hull, der während der ganzen Regierungszeit Präsident Roosevelts von 1933 bis 1944 amerikanischer Außenminister war, ist in Washington im Alter von 83 Jahren gestorben.

DT. Cordell Hull gehörte zu den vornehmsten Gestalten der amerikanischen Politik in der Ära Franklin D. Roosevelts. Der aus Tennessee Gebürtige war Jurist und galt als eine der größten Autoritäten für internationale Wirtschafts-, Zoll- und Steuerfragen. In den ersten Jahren der Präsidentschaft Roosevelts hat Hull die amerikanische Außenpolitik maßgeblich beeinflusst. Er war erbitterter Gegner des imperialistischen Vordringens Hitlers, Mussolinis und Japans. Seine Hauptopere galt der Festigung der amerikanischen Wirtschafts- und Kulturbeziehungen zu Südamerika.

Während des zweiten Weltkrieges wurden Hull und das

ihm unterstellte State Department immer mehr von den eigentlichen großen Entscheidungen abgedrängt, die Präsident Roosevelt selbständig traf. Das sogenannte „Küchenkabinett“ Roosevelts, in dem dessen persönlicher Berater Harry Hopkins eine wichtige Rolle spielte, war meist einflußreicher als der Außenminister. Es kam vor, daß Roosevelt Hull monatelang nicht empfing. Darum konnte das State Department nur geringe Einwirkung auf die späteren Friedensregelungen mit Deutschland, Italien und Japan ausüben. Die Morgenthau-Politik wurde von Hull aus Gründen der Menschlichkeit und Gerechtigkeit abgelehnt.

Hull trat im November 1944 wegen Krankheit zurück und wurde von Stettinius abgelöst. Der Aufbau und die Prinzipien der Vereinten Nationen jedoch sind weitgehend das Verdienst des Verstorbenen.

Die Studenten der Weltrevolution

Merkwürdiges von sowjetzonalen Universitäten

Immer häufiger berichten Sowjetzonen-Studenten von seltsamen Gepflogenheiten ihrer oftmals unter strengster Geheimhaltung in den Universitätsbetrieb eingeschleusten ausländischen Kommilitonen. In der Hauptsache geht es dabei um Angehörige westlicher Länder bzw. Bewohner Afrikas. Diese englischen, amerikanischen, ägyptischen und Neger-Studenten werden von den Hochschulbehörden als „fortschrittliche, in ihren Heimatländern verfolgte Demokraten“ ausgegeben. Während der Studienzeit verschwinden sie viertel- und halbjahresweise aus den Hörsälen, angeblich auf Heimaturlaub. Was steckt hinter dieser zunehmenden Ausländer-Invasion?

Man muß dazu wissen, daß bis zum letzten Krieg jährlich mehr als zehntausend Jungkommunisten aus aller Welt an Sowjetuniversitäten erzogen, anschließend auf Spionageschulen geschickt und im Rahmen der Komintern später in ihren Heimatländern eingesetzt wurden. Etwa ein Fünftel aller Funktionäre des heutigen SED-Zentralkomitees hat eine derartige Ausbildung hinter sich. In ihren Heimatstaaten machten diese intellektuellen Jungkommunisten dann oftmals ein Examen, wobei sie Zeugnisse und Promotionsurkunden sowjetischer Universitäten vorweisen konnten.

Lange blieb verborgen, daß diese „Studenten“ neben ihrer wissenschaftlichen Arbeit eine parallelgeschaltete und fundierte Ausbildung im Nachrichtendienst bekamen.

4000 „Nachrichtenschüler“

Nach dem Krieg stoppten die Sowjets aus zweierlei Gründen diese bis dahin bewährte Aktion:

1. Sie fürchteten, daß die inzwischen klüger gewordenen West-Staaten nun ihrerseits beobachtende „Studenten“ einschleusen würden und schränken aus Sicherheitsgründen die Zahl der in die Sowjetunion ge-

ladenen ausländischen Spionageschüler ein.

2. Ein Examen der Sowjet-Universitäten Kiew, Leningrad oder Moskau war inzwischen anrüchig geworden. Damit stieg die Gefahr der „Enttarnung“ für die Eliven des MWD. Man verlegte also kurzerhand die Studienplätze dieser Geheimdienstschüler nach Warschau, Prag, Leipzig und Ostberlin. Hier verschwinden sie dann in gewissen Zeiträumen zu „Studienfahrten“ in die Sowjetunion oder auf als „FDGB-Heime“ getarnte Wollweber-Schulen in der Sowjetzone. Gegenwärtig werden in der Zone — grob geschätzt — mindestens 3000 bis 4000 solcher künftigen Sabotage- und Nachrichtenschüler ausgebildet.

Falsche Namen

Fast alle tragen falsche Namen und leben unter einer „Legende“. Man überführt sie leicht, indem man sich für ihren angeblichen Heimatort, ihre Verwandten und ihren früheren Beruf interessiert. Zumeist zieht man sich damit aber auch die Überwachung des Staatssicherheitsdienstes zu, der die „Studiker“ wie seinen Augapfel behüten muß.

Vorschlag Bonns: Ohne Paßzwang!

Reisende sollen nur noch Personalausweise vorzeigen

Bonn (Eigenmeldung). Die Bundesregierung will einer größeren Zahl von europäischen Staaten die Abschaffung des Paßzwanges im Reiseverkehr zwischen der Bundesrepublik und diesen Ländern vorschlagen. Wenn sich die Länder dazu nicht bereit finden, will die Bundesregierung notfalls auch einseitig auf den Paßzwang für Reisende verzichten.

Deutsche Reisende brauchten dann für die Überquerung der Grenze nach diesen Staaten statt des Reisepasses nur noch den einfachen Personalausweis vorzulegen. Das gilt zunächst für die Länder, mit denen Abkommen über die Rücknahme von illegalen Grenzgängern abgeschlossen worden sind, wie die Schweiz, die Niederlande, Dänemark, Schweden und Norwegen.

Vorher muß aber das deutsche Paßgesetz geändert werden. In parlamentarischen Kreisen wurde angekündigt, daß die Fraktionen des Bundestags gleich nach den Sommerferien ein entsprechendes Initiativ-

gesetz vorlegen wollen. Für einen späteren Zeitpunkt ist erwogen worden, die jetzigen Personalausweise im Bundesgebiet abzuschaffen und sie durch einen Reisepaß zu ersetzen, der dann zu niedrigeren Gebühren ausgegeben werden müßte. Damit wäre für alle deutschen Reisenden das Problem gelöst.

550 000 Wohnungen

Bonn (DPA). In diesem Jahr sollen in Westdeutschland rund 550 000 Wohnungen fertiggestellt werden. Damit würde das Bauergebnis des vergangenen Jahres übertroffen, in dem 541 000 Wohnungen bezugsfertig geworden sind.

Blinder Lkw-Passagier

Helmstedt (AP). Als „blinder Passagier“ kam ein 19jähriger sowjetzonaler Zollbeamter vom Kontrollpunkt Marienborn auf einem westdeutschen Lastzug in Helmstedt an. Grund seiner abenteuerlichen Reise: Er bat um politisches Asyl.

Wird S-Bahn nach Wannsee gesperrt?

Berlin (Eigenmeldung). Die Sowjetzonen - Reichsbahndirektion in Ostberlin trifft Vorbereitungen zur Einstellung des S-Bahn-Verkehrs auf der Strecke Potsdam—Wannsee.

Damit soll die kürzeste direkte Bahnverbindung zwischen Potsdam (Sowjetzone) und Westberlin aufgehoben werden. Die geplante Sperre ist im Rahmen der endgültigen Fertigstellung des sogenannten Güteraußenringes um Berlin vorgesehen.

Verlautbarungen aus dem Reichsbahnamt 4 in Potsdam zufolge soll es vom 1. August an jederzeit möglich sein, die Strecke Potsdam—Wannsee aufzuheben oder nur noch von den „Durchläufer-Zügen“ befahren zu lassen, die ohne Halt in Westberlin täglich morgens und abends zwischen Potsdam und Friedrichstraße verkehren.

Betriebsleitung darf Arbeiter bestrafen

Neue Disziplinarordnung in der Zone

Ein typisches Merkmal der sowjetischen Arbeitsgesetzlichkeit ist die Strafbefugnis des von der Partei eingesetzten Betriebsleiters gegenüber Arbeitern und Angestellten. Geringste Verstöße gegen die strenge Arbeitsdisziplin werden mit Lohnabzügen, Strafversetzungen und sogar Zwangsarbeit geahndet. In den neuen Wettbewerbsbedingungen der „volkseigenen“ Industrie sind erstmals „disziplinarische Verpflichtungen“ ähnlicher Art enthalten.

Danach wird die materielle, disziplinarische und arbeitsmäßige Verantwortlichkeit der Arbeiter und Angestellten festgelegt.

Materielle Verstöße sind: Ausschußproduktion über die vom Betrieb eingeplante Quote hinaus, „Vergeudung von Material“ und „fahrlässige Beschädigung von Produktionsmitteln“. Disziplinarische Verstöße: Zuspätkommen, Fernbleiben von Produktionsberatungen usw. Die „Arbeitsmäßige Verantwortlichkeit“ ahndet jeden Verstoß gegen den Produktionsplan des Betriebes, sei es durch dauernde Nichterfüllung der Norm oder durch von der Betriebsleitung festgestellte „Bummelei“. Hierunter fällt auch das vom Werkarzt nicht anerkannte Fernbleiben vom Arbeitsplatz durch Krankheit oder anderen triftigen Grund.

Willkür der Funktionäre

Bestrafen kann der Betriebsleiter durch eine einmalige Rüge, die beim nächsten Mal in einen Verweis und dann in einen strengen Verweis umgewandelt wird. Danach kommt die Strafversetzung an einen schlechter bezahlten Arbeitsplatz im gleichen Betrieb, die erst durch

„halbjährige vorbildliche Arbeit“ rückgängig gemacht werden kann. Materielle Verstöße sollen durch Lohnabzug bestraft werden, sobald die entsprechenden Verfügungen verabschiedet worden sind.

Mit diesen Methoden wird einer Willkür der Betriebsfunktionäre Vorschub geleistet, über die Arbeiter in Großbetrieben seit langem Klage führen. Um sich selbst gegenüber den staatlichen Planstellen für offenkundige Planungsfehler und Normüberspitzungen zu rehabilitieren, verhängen diese Funktionäre Strafen und Mehrarbeit gegen ihre Belegschaftsangehörigen. Zugleich ist diese „Disziplinarordnung“ ein schwerer Schlag gegen jene wenigen gewerkschaftlichen Rechte, die der Sowjetzonenarbeiter mangels einer für ihn eintretenden Gewerkschaft nur noch durch kollegialen Zusammenhalt in den Betrieben wahren kann.

Flucht vor Vopo-Dienst

Berlin (DPA). Im ersten Halbjahr 1955 sind aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet 25 000 alleinstehende Jugendliche im Alter bis zu 24 Jahren geflüchtet.

Davon meldeten sich 14 000 in Westberlin und die übrigen in Gießen und Uelzen. Der Anteil Jugendlicher im wehrfähigen Alter im täglichen Flüchtlingsstrom ist nach Mitteilung der Notaufnahmehbehörden unverändert hoch. Er beträgt bis zu 40 Prozent der gesamten Flüchtlingszahl.

Spionin verurteilt

Frankfurt/Main (AP) Die 29-jährige Ursula Schmidt wurde vom 2. Senat des Oberlandesgerichtes in Frankfurt wegen landesverräterischer Beziehungen zu einer ausländischen Macht zu einem Jahr und fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Die Angeklagte hatte von 1951 bis 1953 unter dem Decknamen „Garbo“ ihre Tätigkeit als Angestellte auf dem amerikanischen Militärfugplatz für Spionage im Dienste der Sowjetunion ausgenutzt. Sie war inzwischen nach Kanada ausgewandert, wurde dann aber auf Grund von belastenden Aussagen zweier verhafteter Agenten wieder nach Deutschland ausgewiesen.

Ein Erlebnis in Berlin

Berlin (AP/DPA). Ein amerikanisches Touristenehepaar, das bei einer Besichtigung Westberlins versehentlich in die Sowjetzone geriet, ist von sowjetischen Behörden fast 20 Stun-

den lang festgehalten worden. Wie die Amerikaner berichteten, waren sie am Potsdamer Platz statt in die U-Bahn in die S-Bahn eingestiegen. Sie gerieten auf dem Bahnhof Friedrichstraße in einen durchgehenden Zug nach Griebnitzsee.

Als sie sich dort an sowjetische Soldaten wandten, wurden sie zunächst auf dem Bahnhof eine halbe Stunde festgehalten und dann mit einem Militärfahrzeug zu der örtlichen sowjetischen Dienststelle gebracht. Man hielt sie dort über Nacht fest und ließ sie erst am Nachmittag des darauffolgenden Tages frei. Abschließend sagte der Amerikaner: „Berlin ist bestimmt der interessanteste Ort unserer zweimonatigen Europareise.“

Teure Usia-Betriebe

Österreicher sind empört über zusätzliche Forderungen

Wien (AP/DPA). Der österreichische Nationalrat hat die Regierung durch ein Gesetz ermächtigt, die Haftung für Kredite an Usia-Betriebe bis insgesamt 800 Mill. Schilling zu übernehmen.

Der Kreditbedarf der ehemals sowjetischen Usia-Betriebe wird sehr hoch sein, weil Forderungen der sowjetischen Militärbank an einzelne Usia-Betriebe in Höhe von rund 500 Millionen

Schilling abgelöst werden müssen. Diese Beträge sind den Betrieben angeblich von der Militärbank vorgestreckt worden.

Die österreichische Bevölkerung ist empört darüber, daß Österreich außer der im Friedesvertrag festgelegten Ablösung für die Usia-Betriebe in Höhe von 150 Mill. Dollar nun noch zusätzlich über 500 Mill. Schilling an „Kredit“ zurückzahlen muß.

Statt eines Glückwunsches

Wer 1945 geboren wurde, wird jetzt zehn Jahre alt. Das ist unvermeidlich. Und unvermeidlich ist es auch, daß man in zehn Jahren zunimmt an Einsicht und an Charakter. Wenigstens hat es die Natur als Urgesetz so eingerichtet.

Allerdings, sie hat dabei nicht an die Zeitungen der Sowjetzone gedacht. Die leben nach volkseigenem Gesetz. Eine von ihnen jubilierte am Donnerstag, die „Neue Zeit“. Vor zehn Jahren wurde sie als Zeitung der CDU gegründet, ein Blatt mit einer Meinung, auf deren Eigenständigkeit damals Verlaß war. Weshalb die Redakteure dann auch ihren Platz verlassen mußten.

Trotzdem besteht die „Neue Zeit“ jetzt seit zehn Jahren, aber — wie steht sie da? In jugendlichem Alter vom vielen Dienen schon gebeugt, der eigenen Worte nicht mehr mächtig, von feberhafter Selbstkritik geschüttelt, selbst am Geburtstag. Ein Bild des Jammers — wenn er sich verlohnte. Zehn Jahre und noch immer kein Charakter.

Übrigens, bei der Zerfetzung der besseren Vergangenheit in der Jubiläumsausgabe ist auch von den „zersetzenden Glossen“ die Rede, die einst in diesem Blatte standen.

Nun gut, dann kommt's auf eine mehr ja wohl nicht an.

Schon vergessen!

Ein Jahr ist es her, daß der Fall John die Schlagzeilen aller Zeitungen füllte. Die Flucht des Chefs des Bonner Verfassungsschutzamtes und seines Freundes, des eleganten Frauenarztes vom Kurfürstendamm, Dr. Wolfgang Wohlgemuth, war eine Sensation, die damals wochenlang die Gemüter erregte. Geheimnisverrat größten Stils wurde prophezeit, den der Mann des Geheimdienstes begehen sollte, würde und könnte. „Weitweite Auswirkungen“, „Größter Schlag gegen die Bundesrepublik“, „Immer neue Rätsel!“ lauteten die Überschriften der Meldungen. Peinlichste Enthüllungen wurden vorausgesagt. Erklärungen des Bundesinnenministers, ja sogar des Bundeskanzlers selbst waren nötig, um die Öffentlichkeit allmählich davon zu überzeugen, daß die Sicherheit der Bundesrepublik

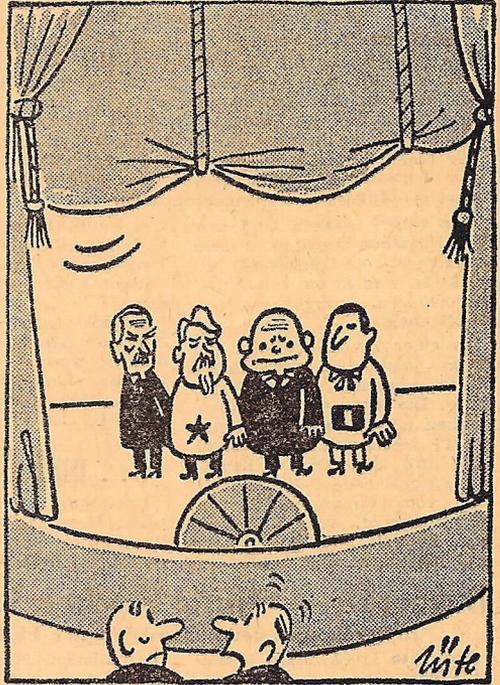
durch Johns Flucht nicht gefährdet sei.

Ein Jahr ist das jetzt her. Heute spricht niemand mehr von den beiden „Helden“. Die Sensation, die John bereiten wollte, war hohl. Er blieb, was er wahrscheinlich immer gewesen ist: ein bedeutungsloser Niemand, der auf östliche Versprechungen hereinfiel.

Telefone überwacht

Berlin (Eigenmeldung). Die bisher an das sowjetzonale Eisenbahn-Telefonnetz Basa angeschlossenen Westberliner Schleusenmeistereien in Charlottenburg und Spandau können künftig nur noch über eine Zentrale im Sowjetsektor mit den anderen Schleusen telefonieren. Diese Maßnahme wurde auf Anweisung des Staatssicherheitsdienstes getroffen, um die Möglichkeit für die Mitbenutzung der Schleusentelefone durch angebliche Agenten auszuschalten.

Finale in Genf



„Hoffentlich fällt nicht wieder der Eiserner Vorhang für die nächsten zehn Jahre!“

Eine Mutter hofft

Eine 65jährige Frau aus Münster hat mit der Genfer Konferenz eine besondere Hoffnung verbunden. Sie schilderte nach ihrer Rückkehr, daß es ihr gelungen sei, einen Brief an Marschall Bulganin zu übermitteln, in dem sie um die Freilassung ihres jetzt 40jährigen Sohnes aus sowjetischer Gefangenschaft bat. Sie hatte sich zwei Tage in Genf vor die Villa des Marschalls auf die Straße gesetzt. Endlich erregte sie die Aufmerksamkeit eines Beamten aus dem Stabe Bulganins, der ihr mit großer Höflichkeit den Brief abnahm. Sie werde, so sagte er, Antwort aus Moskau bekommen. Die Mutter hat ihren Sohn zwölf Jahre lang nicht gesehen. Hoffentlich führt ihr Schritt zu einem positiven Ergebnis...

Verkehr muß unter die Erde . . .

Milliarden-Programm in Hamburg

Hamburg (Eigenbericht). Hamburg hat jetzt mit großen Mitteln die Abwehr der ständig wachsenden Verkehrsnot begonnen, zugleich eine Wendung gegen kurzfristige Wiederaufbau-Maßnahmen. Ein gigantisches Projekt: Straßenbahnen verschwinden aus der Innenstadt. Statt dessen mehr U-Bahn-Schächte unter der City. Breite Ost-West- und Nord-Süd-Achsen für einen flüssigen Autoverkehr, Tunnel unter der Elbe und der Außenlager werden gebaut. Das sind einige Punkte aus dem 3,5-Milliarden-D-Mark-Programm.

Die engen Straßen sind dem Verkehr schon längst nicht mehr gewachsen, die Innenstadt erstreckt an dem Strom von Autos, Motorrädern, Fußgängern und Straßenbahnen.

In einer Denkschrift hat der Senat jetzt die umwälzenden Pläne vorgelegt. Hauptforderung: Die hemmenden Straßenbahnen müssen aus der Innenstadt verschwinden. Deshalb sind für den ersten Bauabschnitt drei neue U-Bahn-Strecken vom Jungfernstieg zum Hauptbahnhof, vom Jungfernstieg über St. Pauli nach Altona und Ottensen und schließlich

zum Hauptbahnhof über Wandsbek nach Farmsen vorgesehen. Danach sollen noch vier weitere U-Bahn-Linien geschaffen werden.

Sieben große Radialstraßen, die untereinander ringartig verbunden werden, sind geplant. Für den Bau dieses Netzes — Länge: 180 Kilometer — sind 290 Mill. DM vorgesehen.

. . . und Düsseldorf baut Wolkenkratzer

Düsseldorf (Eigenmeldung). Düsseldorf, das zur Zeit fünf Hochhäuser hat, will in den nächsten Jahren weitere 15 Wol-

Ehrliche Jugend

Dortmund (DPA). Das Dortmunder Polizeipräsidium lobte dieser Tage die Ehrlichkeit der jungen Generation. In den letzten sechs Monaten haben auf Dortmunder Polizeirevieren neun Kinder 1100 DM abgeliefert, die Erwachsene verloren hatten.

Erfreulicher Gesundheitszustand

Bonn (DPA). Ärztliche Untersuchungen von je 500 Schulanfängern und 300 Entlassungsschülern in westdeutschen Städten ergaben, daß die deutschen Nachkriegskinder die Hungerjahre gut überstanden haben. Der Gesundheitszustand bietet nach vierjährigen Beobachtungen ein erfreuliches Bild.

Bayreuth — einige Wochen Weltstadt

Rekordbesuch der Richard-Wagner-Festspiele

Bayreuth (DPA). Zum 5. Male nach dem Kriege hat Bayreuth für Wochen die Atmosphäre einer Weltstadt angenommen. Im Festspielhaus am „Grünen Hügel“ wurden mit einer Auf-führung des „Fliegenden Holländer“ die diesjährigen Richard-Wagner-Festspiele eröffnet.

Die Oper hat seit 1939 nicht mehr auf dem Festspielprogramm gestanden. Ihre Bayreuther Wiederaufführung unter der Stabführung von Hans Knappertsbusch in der Inszenierung von Wolfgang Wagner wurde ein glanzvolles kulturelles und gesellschaftliches Ereignis. Unter den Premierengästen befanden sich die Bundesminister Schröder, Schäffer und Seeborn sowie der amerikanische Botschafter Conant. Rund 100

Journalisten aus aller Welt sind in Bayreuth eingetroffen. Auch die Sowjetzone ist diesmal stark vertreten. Nur aus Polen und der Sowjetunion haben sich keine Presseleute angesagt.

Wie Wolfgang Wagner mitteilte, schlug der Kartenverkauf in diesem Jahr alle Rekorde. Alle Hotels und Privatquartiere sind für die kommenden Wochen voll belegt.

Schönste „Miß“: Schwedin

Long Beach (Kalifornien) (AP). Wieder einmal ist eine „Miß Universum“ gewählt worden. Für das Jahr 1955 erkor man in Kalifornien als „schönste Frau der Welt“ „Miß Schweden“, die 21jährige blonde Hillevi Rombin. „Miß Germany“, die 24jährige Margit Nünke, wurde Vierte.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerika-Haus am Nollendorfsplatz gezeigt. Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

kenkratzer errichten, von denen der des Rathauses unmittelbar am Rhein 120 Meter hoch gebaut werden soll. Die Mannesmann AG. wird noch in diesem Jahr mit ihrem 85 Meter hohen Verwaltungsgebäude beginnen, das ebenfalls am Strom errichtet wird. Das Phönix-Rheinrohr-Hochhaus am Rande des Hofgartens ist für 95 Meter Höhe geplant. Landesregierung und Landesversicherungsanstalt wollen zwei 16stöckige Häuser bis zu 55 Meter hoch erstellen.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2.
Telefon: 66 54 31.
Druck: W. Büxenstein, GmbH.